

Richard W. Edwards, Jr.
International Monetary Collaboration
New York 1985, 822 Seiten, 87.00 \$

Während des zweiten Weltkriegs wurden, unter dem Eindruck des Wirtschafts- und Währungskriegs der dreißiger Jahre, die Grundsteine für ein internationales Währungssystem gelegt.

Im Mittelpunkt stand der Goldstandard und das System der festen Wechselkurse. Beide Grundfesten sind mittlerweile eingestürzt. Dieser Umstand ist aber nicht dahin zu interpretieren, daß eine Zusammenarbeit auf währungspolitischem Gebiet nicht möglich ist. Das Weltwährungssystem unterliegt vielmehr einem ständigen Wandel und muß an den gegebenen Umständen ausgerichtet werden. Gerade diese Flexibilität ist gefordert.

In der heutigen, durch internationalen Verflechtungen geprägten Weltwirtschaft nimmt die Währungscooperation einen äußerst hohen Stellenwert ein.

Das vorliegende Werk mit über 800 Seiten stellt die vielschichtigen Verknüpfungen und Kooperationsmöglichkeiten sehr übersichtlich dar. Der Verfasser vertritt hierbei die Position eines internationalen Juristen und erläutert den rechtlichen und institutionellen Rahmen des Weltwährungssystems. In diesem Bereich dominierte bislang ein Autor, Sir Joseph Gold, und es gibt wohl keine juristische Fragestellung bezüglich des IWF, dem Eckpfeiler der Währungszusammenarbeit, die er nicht behandelt hätte. Edwards Werk ist somit nicht von ungefähr diesem Mann gewidmet, der die institutionelle Ausgestaltung des IWF maßgeblich beeinflußt hat und heute noch gestaltet.

Dennoch ist der vorliegende Band als umfassendes Hauptwerk eine Bereicherung und schließt die Lücke, die durch mannigfache Einzelabhandlungen entstand. Eine derartig vollständige Erarbeitung lag noch nicht vor.

Besonders hervorzuheben ist, daß sich Edwards nicht darauf beschränkt hat, vorhandenes, aufgearbeitetes Material zu verwenden, sondern selbst Verhandlungs- und Gesetzgebungsgeschichte einarbeitete und häufig bislang unbekannte Quellennachweise bietet (z. B. den Wortlaut eines Extended Arrangement des IWF mit Indien aus dem Jahre 1981 (S. 250 ff.))

Die zahlreichen Fußnoten geben dem an Einzelprobleme interessierten Leser wichtige Hinweise.

In seiner Einleitung regt Edwards an das Buch im Ganzen, Kapitel für Kapitel zu lesen. Diese dürfte die meisten Leser, angesichts der gebotenen Vielfalt überfordern. Durch Einleitungen vor den drei Hauptteilen (I. International Organizations; II. Balance-Of-Payments Financing; III. The Code Of Good Conduct) sowie Zusammenfassungen am Ende der insgesamt 12 Kapiteln kann man aber einen guten Überblick erhalten, um dann konkrete Einzelbereiche nachzulesen. Für den, mit Währungsfragen befaßten, Leser ist dieser Band ein unverzichtbares Nachschlagewerk.

Es würde den Rahmen einer Rezension sprengen, konkret auf einzelne Punkte einzugehen. Es sei nur vermerkt, daß der Autor sich auf eine Darstellung beschränkt und nicht analytisch die Auswirkungen der verschiedenen Kooperationsformen auf den Wachstum

des Welthandel, den Beschäftigungsgrad, das Realeinkommen sowie das Produktionspotential aufarbeitet. Diese Fragestellungen sind aber so komplexer Natur, daß eine sinnvolle Analyse wegen des Umfangs in einem Zusatzband stattfinden sollte.

Wolfgang Engshuber

Paul Kevenhörster

Politik im elektronischen Zeitalter – politische Wirkungen der Informationstechnik
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1984, 409 S., DM 49,—

Der Titel kündigt Großes an: eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen Wirkungen der Informationstechnik. Der Verfasser stellt sich den Anspruch, eine »Diagnose politischer Kommunikation« zu erstellen, aus der sich Folgerungen für die Gestaltungen des »Technologiestaats nach demokratischen, humanen Maßstäben« ergeben sollen. Im Mittelpunkt der materialreichen Arbeit stehen Überlegungen zum Einsatz »technikgestützter Informationssysteme«, der die »Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkapazität über Personen, Sachen und Strukturen und damit die Machtverteilung zwischen konkurrierenden Gruppen und Institutionen« verschiebt.

Der erste Teil des Buchs (»Datenherrschaft und Politik: Probleme der politischen Alltagswelt«) enthält zahlreiche und zumeist zutreffende Beobachtungen etwa über die Kapazitätsgrenzen politischer Verarbeitung der Wissensexpllosion, über die Einschränkung parlamentarischer Kontrollmöglichkeit aufgrund des Informationsdefizits des Parlaments gegenüber der Regierung oder auch über die Beeinträchtigung der vertikalen Gewaltenteilung und des Selbstverwaltungsprinzips durch Zentralisierung der Informationsverarbeitungs- und Entscheidungsstrukturen. Stellenweise mangelt es an der wünschenswerten Genauigkeit, etwa wenn der Autor im wichtigen Kapitel über den Ausbaustand »computergestützter Informationssysteme« – sich allein auf eine Meldung in der F.A.Z. stützend – von »etwa 200 Datenbasen« berichtet, die in der Bundesrepublik Deutschland »maschinenverwertbar hergestellt« würden, von denen »etwa 50 für den elektronischen Direktzugriff bereitgestellt« werden.

Das von Kevenhörster herausgegriffene Beispiel: »Im Rahmen des ›allgemeinen kriminalpolizeilichen Informations- und Auskunftssystems‹ hat das Bundeskriminalamt eine umfangreiche *Personaldatei* aufgebaut.« (S. 140) verwendet eine zumindest nicht übliche Terminologie und läßt Unsicherheiten in diesem Bereich vermuten. Die auf den kriminalpolizeilichen Problembereich bezogene »Wirkungsanalyse« samt Handlungsempfehlung ist dementsprechend oberflächlich: Es werde »deutlich, daß Informationssysteme zu Kontroll- und Überwachungszwecken genutzt werden können und daß dabei erhebliche Gefahren der Verkürzung, Vergrößerung und des Kontextverlustes entstehen. So ist insbesondere bei der ›Merkmalspeicherung‹, die bei der Terroristenfahndung *eingesetzt* wird, größte Sorgfalt geboten.« (S. 146)